

Integrationsminister Laschet über die Trennung von Staat und Religion, die Vielehe, den Ruf des Muezzin und warum Hinterhofmoscheen aus Christensicht unwürdig sind

FRAGE: Sie haben Roland Koch nach der Hessenwahl vorgehalten, dass Integrationspolitik "nicht zum Wahlkampfthema gemacht werden darf". Hat er Ihnen das verziehen?

ANTWORT: Es gab in dieser einen Frage mal einen Dissens. Aber Roland Koch ist eine wichtige Figur in der CDU. Und seine Integrationspolitik in Hessen ist vorbildlich.

FRAGE: Im Wahlkampf hat er aber Dinge auf den Punkt gebracht, die Ihnen und anderen in der CDU nicht gepasst haben?

ANTWORT: Das stimmt. Die Frage ist doch: Kann man Wahlen gewinnen, wenn man beim Thema Integration polarisiert? Mein Eindruck ist, dass man damit heute keine Wahlen gewinnen kann.

FRAGE: Ergrünt die Union integrationspolitisch?

ANTWORT: Nein, gar nichts ergrünt. In Nordrhein-Westfalen gibt es seit 2001 eine Integrationsoffensive, die Ministerpräsident Jürgen Rüttgers damals aus der Opposition heraus angestoßen hat. Auf die haben sich alle vier Landtagsfraktionen verständigt. Dabei haben sich die politischen Lager aufeinander zu bewegt. Die politische Linke hat erkennen müssen, dass man auch Anforderungen etwa an Deutschkenntnisse stellen muss. Integrationspolitik ist eben mehr als ein immerwährendes Straßenfest. Die Union hat erkennen müssen, dass wir Einwanderungsland sind, dass der Islam Teil der deutschen Gesellschaft ist.

FRAGE: Trotzdem weiß die Politik kaum, wer ihr Ansprechpartner ist.

ANTWORT: Stimmt, die muslimischen Verbände vertreten längst nicht alle Muslime. Wir haben in unserem Koalitionsvertrag islamischen Religionsunterricht in deutscher Sprache, von in Deutschland ausgebildeten Lehrern, die unter deutscher Schulaufsicht stehen. Als Christlich Demokratische Union wollen wir keine staatliche Islamkunde, sondern bekenntnisorientierten Religionsunterricht. Wir haben aber noch keinen legitimierten Ansprechpartner, der rechtlich als Religionsgemeinschaft gilt.

FRAGE: Mit wem verhandeln Sie denn?

ANTWORT: Über religiöse Fragen wie Moscheebau oder Religionsunterricht sprechen wir

mit islamischen Verbänden. Sie sind aber nicht unsere Ansprechpartner in Fragen der Integrationspolitik. Wenn man Integrationspolitik mit islamischen Verbänden erörtert, islamisiert man sie, da nicht jeder Migrant gläubig ist. Unsere Ansprechpartner hier sind säkulare Organisationen wie die türkische Gemeinde, Migrantenorganisationen oder kommunale Ausländervertretungen. Mit ihnen sprechen wir über Bildung, Sprache und Förderung der Kinder.

FRAGE: Wie sollte das Verhältnis Staat, Gesellschaft, Religion sein?

ANTWORT: Der ehemalige Verfassungsrichter Bockenförde spricht von einer "positiven Neutralität" des Staates. Wir haben keinen säkularen Staat wie in Frankreich.

FRAGE: Wenn Sie keinen säkularen Staat wollen, was dann? Nehmen wir die Vielehe, die in einigen muslimischen Ländern zulässig ist. Warum sollten wir die verbieten?

ANTWORT: Keine Kultur kann ihre Rechte über die Ordnung des Grundgesetzes stellen.

FRAGE: Im Grundgesetz steht darüber aber nichts.

ANTWORT: Die Interpretation des Artikels 6 zur Ehe schließt die Vielehe aus.

FRAGE: Ein muslimischer Verfassungsrichter könnte da zu einer anderen Auffassung kommen.

ANTWORT: Das Grundgesetz ist christlich-jüdisch tradiert.

FRAGE: Und Muslime müssen sich hinten anstellen?

ANTWORT: Nein. Auch ein eingebürgerter saudischer Verfassungsrichter wäre gebunden an die herrschende Verfassungslehre und -rechtsprechung.

FRAGE: Natürlich - solange sie eben herrscht. Sieht man nicht beim Kopftuchstreit, beim Schwimmunterricht: Muslime, die an ihren kulturellen Wurzeln festhalten, verschieben auch unsere Traditionen?

ANTWORT: Wir haben ein Kopftuchverbot für Lehrerinnen erlassen. Und wir haben das differenziert zur Nonnentracht, die eben etwas anderes ist als ein Kopftuch. Natürlich wird es immer mal zu Reibungen führen. Und: Schwimmen gehört zum Schulunterricht - da gibt es keinen kulturellen Rabatt.

FRAGE: Es bleibt also bei einem fortwirkenden Gaststatus für Muslime?

ANTWORT: Nein. Die meisten Muslime bei uns sind Türken, die kennen das. In der Istanbuler Universität dürfen sie auch kein Kopftuch tragen. Wir sind hier als Staat gegenüber Muslimen liberaler als die Türkei. Muslime müssen sich hier nicht assimilieren und christlicher werden, als wir es längst nicht mehr sind. Unsere Integrationschance liegt darin, dass die größte Gruppe der Muslime Türken sind, die seit Atatürk mit der Trennung von Staat und Religion vertraut sind.

FRAGE: Sie wollen die Union zum letzten Bannerträger des Kemalismus machen? In der Türkei ist er hochumstritten.

ANTWORT: Aber es gibt dort eine starke Zivilgesellschaft, die ist auch in der AKP von Erdogan vertreten, und die will keinen islamischen Staat.

FRAGE: Wir haben beträchtliche Veränderungen etwa im Ehe- und Familienrecht, das gewandelten Lebensverhältnissen angepasst wurde, Stichwort Lebenspartnerschaft. Da gibt es, wenn sie so wollen, schon zwei Geschwindigkeiten. Und die Muslime als eine dritte Gruppe fremdeln mit Errungenschaften wie der "Homosexuellenehe".

ANTWORT: Die begegnen sich da mit den klassischen Unions-Wählern. Kardinal Meisner wird das gefallen.

FRAGE: Kardinal Meisner wählt wahrscheinlich auch die CDU, die Türken in Nordrhein-Westfalen nicht.

ANTWORT: Noch nicht. Viele wählen uns nicht, weil ihnen lange Zeit das Gefühl vermittelt wurde: Eigentlich stört ihr uns. Wir haben ja Rückkehrprämien bis in die achtziger Jahre gezahlt. Von den Werten her würden die eher Union wählen.

FRAGE: Zurück zum Ausgangspunkt: Warum soll der eingebürgerte Saudi nicht ein Recht auf Vielweiberei geltend machen können, wieso sollte er gegenüber einem Schwulen benachteiligt werden?

ANTWORT: Der darf ja auch nicht vier Männer haben, sondern nur einen.

FRAGE: Er kann aber seinen Lebensstil rechtlich weitergehend absichern.

ANTWORT: Weil der Gesetzgeber diese Form anerkannt hat. Und ich finde, die Vielehe sollte er nicht anerkennen.

FRAGE: Wir haben eine Rechtsfortentwicklung in Richtung Antidiskriminierung. Da ist es nur eine Frage der Zeit, bis das auch auf diese Fragen angewendet wird. Die Muslime haben das nur noch nicht entdeckt. Es wird keine zehn Jahre mehr dauern.

ANTWORT: Ich bin nicht so skeptisch.

FRAGE: Warum skeptisch? Sie könnten auch sagen, ich bin optimistisch. Warum sollen die Muslime auf Instrumente verzichten, die wir bereitstellen?

ANTWORT: Wir halten an unseren Prinzipien fest. Ich will sie nicht kampflos aufgeben. Und außerdem: Die Zahl der Saudis hierzulande ist ja auch begrenzt.

FRAGE: Darauf kommt es nicht an.

ANTWORT: Das Grundgesetz ist nicht verhandelbar. Auch in Europa kann keiner mit den Anti-Diskriminierungs-Gesetzen die Vielehe einführen.

FRAGE: Um so etwas abzuwehren, braucht man ein Vorrecht der jüdisch-christlichen Tradition.

ANTWORT: Nicht unbedingt. Auch die Türkei verbietet die Vielehe. Und die Väter und Mütter des Grundgesetzes haben sie nicht mit dem Artikel 6 intendiert.

FRAGE: Die Verfassungsväter haben sich auch noch keine Gedanken über muslimischen Religionsunterricht gemacht, oder?

ANTWORT: Sie haben aber Religionsfreiheit als Grundrecht im Artikel 7 normiert.

FRAGE: Damals dachte man eben, es gibt evangelisch und katholisch.

ANTWORT: Etwas klüger waren die schon.

FRAGE: Wenn Sie gleiche Rechte aller akzeptieren in allen Lebensbereichen, dann kommen Sie beim säkularen Staat an.

ANTWORT: Wir haben aber eine andere Verfassung. Mittlerweile sind in unserem Land ein Drittel konfessionslos, Tendenz steigend. Aber die Grundphilosophie wird nicht ernsthaft in Frage gestellt.

FRAGE: Auch nicht über den Umweg Europa?

ANTWORT: Über Europa schon mal gar nicht. Das ist keine europäische Zuständigkeit.

FRAGE: Aber über den Europäischen Menschenrechtsgerichtshof.

ANTWORT: Da gibt es noch keine Beispiele. Bundeskanzler Helmut Kohl hat noch in den Maastrichter Verträgen ausdrücklich diese besondere Stellung der Kirchen verankert. Aber was ist, wenn niemand mehr glaubt? Das Problem ist ja nicht, dass die Muslime uns überrennen und die Christen massenhaft konvertieren, sondern dass wir unsere eigene Überzeugung nicht mehr vortragen. Natürlich ist es nicht schön, wenn die Bistümer Kirchen verkaufen und gleichzeitig Moscheen gebaut werden. Das ist aber keine Frage an Muslime, sondern an uns selbst.

FRAGE: Wie kann man die Ängste der Menschen vor einem selbstbewussten Islam beschwichtigen?

ANTWORT: Jede Religionsgemeinschaft hat das Recht, sich ein schöneres Gotteshaus zu bauen als diese Hinterhöfe. Die sind aus Sicht eines Christen doch unwürdig. Und wenn die Muslime ein Gotteshaus bauen wie in Köln, dann müsste man als Christ sagen, das ist eine positive Entwicklung.

FRAGE: Und wenn der Muezzin ruft?

ANTWORT: Der ruft ja nicht.

FRAGE: Warum nicht?

ANTWORT: Weil es klug ist, dass die Antragsteller gesagt haben, das passt nicht nach Deutschland, wir würden Ängste und Aggressionen auslösen. Der Muezzin ruft nur nach innen.

FRAGE: Also Taktik.

ANTWORT: Es gibt auch Leute, die das Glockenläuten verbieten wollen, weil es ihre Sonntagsruhe stört.

FRAGE: Würde Sie als Integrationsminister der Ruf des Muezzin stören?

ANTWORT: Ja.

FRAGE: Warum?

ANTWORT: Das ist eher eine emotionale Sache.

FRAGE: Man lässt sie rufen, oder wir hören auf zu läuten - was wird das Ende sein?

ANTWORT: Wir läuten.

FRAGE: Junge Türken haben viele Stilelemente des amerikanischen Hip-Hop adaptiert und damit Subkulturchiffren übernommen, die in Amerika rassistisch besetzt sind.

ANTWORT: Das ist eine Protesthaltung, die nicht für die ganze Community zutrifft. Wer keine Perspektive hat, findet sich in so etwas wieder, unabhängig von seiner Herkunft.

FRAGE: Hat hier nicht jeder Jugendliche eine Chance?

ANTWORT: Er sollte sie haben. Nur diese Mentalität hat sich noch nicht durchgesetzt in Deutschland, dass jeder alles erreichen kann. Wir brauchen eine neue Aufsteigermentalität.

FRAGE: Es gibt Milieus, die sich abschotten, wo Bildung ein Unwert ist.

ANTWORT: Das ist nicht die vorherrschende Auffassung unter Zuwanderern. Die allermeisten Eltern wollen, dass es ihren Kindern einmal bessergeht. Das müssen wir fördern.

Das Gespräch führten Richard Wagner und Volker Zastrow.

Text: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 21.09.2008, Nr. 38 / Seite 5